

Prokla

**Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik**
Klassen und Herrschaft

58
März '85

David Lockwood, Das schwächste Glied in der Kette? / Erik O. Wright, Wo liegt die Mitte der Mittelklasse? / Jon Elster, 3 Kritiken am Klassenbegriff / Claus Offe, Bemerkungen zu Wright und Elster / Michael Krätke, Klassen und Sozialstaat / Alain Lipietz, Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise / Michael Burawoy, Anne Smith, Der Aufstieg der Hegemonialen Despotie in der US-Industrie.



**Einzelheft
DM 15.-**

**im Abo
DM 12.-**

**Rotbuch
Verlag**

Klasse!?

Alain Lipietz

Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«

Mitte der 70er Jahre stellten einige französische Forscher eine Reihe mehr oder weniger übereinstimmender (und später eher variierender) Analysen zu den Problemen des vormaligen ökonomischen Wachstums und der gegenwärtigen Krise vor, und zwar mit den Konzepten »Akkumulationsregime« und »Regulation«¹.

Von den zentralen Konzepten, die aus diesen Überlegungen entstanden (»Konfiguration sozialer Verhältnisse«, »Akkumulationsregime«, »Lohnverhältnis«, usw.), ist das Konzept der »Regulation« sicher das umstrittenste. Mit diesem Beitrag wollen wir versuchen, die Bedeutung dieses Konzepts im Rahmen dieser Denkschule zu erhellen. Wir lassen dabei bewußt die schwierigeren und komplexeren internationalen Aspekte beiseite, obwohl es bereits einige Arbeiten in diesem Bereich gibt, die mit diesen Konzepten erfolgreich umgegangen sind².

In einem ersten sehr methodischen Teil versuchen wir die verschiedenen Konzepte mit der größtmöglichen Vorsicht einzuführen. In einem zweiten Schritt erinnern wir an die Unterschiede zwischen der Krise der 30er Jahre und der Krise der 70er Jahre, so wie sie angesichts dieser Konzepte erscheinen. Im dritten Teil stellen wir, immer im Rahmen des gleichen Ansatzes, einige Fragen hinsichtlich des Vertrauens in einen rein technologischen Ausweg aus der Krise (genauer gesagt: eines elektronischen Ausweges).

I. Methodische Fragen³

Was verstecken wir unter »Regulation« (der sozialen Verhältnisse)? Ehrlicherweise müssen wir den Leser vorwarnen: dies wird erst im Verlaufe der Anwendung des Konzeptes richtig klar. Ein Konzept ist ja auch nur ein Mittel, die Wirklichkeit zu erfassen, also ein Hilfsmittel unseres Denkens: wir konstruieren es mit einer Zielsetzung, im Hinblick auf Probleme, die wir uns stellen. Die Probleme, die uns am Beginn unseres Unterfangens gestellt waren, entsprangen aus der großen Krise des Kapitalismus, die nach einer langen Latenzphase dann in den 70er Jahren offensichtlich wurde. Wir nennen *Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seinen konfliktorischen und widersprüchlichen Charakter reproduziert*. Der Begriff der Regulation ist also nur innerhalb der Konstellation: Verhältnis - Reproduktion - Widerspruch - Krise verständlich.

1. Der konfliktorische Charakter der sozialen Verhältnisse als Ausgangspunkt.

Daß die Menschen *innerhalb* von Verhältnissen leben, ist offensichtlich. Aber von *einem* sozialen Verhältnis zu reden, bedeutet eine gewisse Beständigkeit in der Art und Weise, in der die Menschen miteinander in Beziehung treten. Wenn wir bei der unzähligen Menge täglicher sozialer Handlungen von 'sozialen Verhältnissen' reden, dann um die *Regelmäßigkeit* bestimmter sozialer Praktiken zu bezeichnen. Diese Regelmäßigkeit kommt nicht von selbst,

weder objektiv noch subjektiv. Ein scheinbar so einfaches Verhältnis wie der Tausch, dem grundlegenden Paradigma der (Neo-)klassischen Ökonomie, ist in der Praxis so unwahrscheinlich (Adam mit seinem Fisch fällt in die Arme von Smith mit seinem Hirsch), daß es sich niemals gleichmäßig und regelmäßig stabilisiert hat, es sei denn, an den Rändern zwischen zwei Gemeinschaften. Das heute so verbreitete Ware-Geld-Verhältnis hat sich zunächst nur in quasi-experimentellem, abenteuerlichem Embryonal-Zustand entwickelt und wurde erst durch seine historische Verallgemeinerung konsolidiert.

Darüber hinaus nennen wir »Warenverhältnis« oder »Lohnverhältnis« eine Gesamtheit von Praktiken, die erst im Verlaufe der Zeit als vergleichbar erscheinen und die überdies erst dann ihre Form annehmen, wenn sie als solche von denen anerkannt sind, die davon reden, seien es die Akteure selber oder seien es die Theoretiker oder Gesetzgeber. Umgekehrt jedoch sind bestimmte grundlegende soziale Verhältnisse keineswegs als das anerkannt, was sie sind, sondern nehmen die Form von etwas anderem an: Der Lohn und die Bodenrente haben im römischen Recht die Form eines Ware-Geld-Austausches annehmen können und erst die Sozialgesetzgebung hat angesichts der Arbeiterkämpfe des 19. Jhds. dem Lohnverhältnis eine andere Natur als dem Warenverhältnis zugestanden.

Die sozialen Verhältnisse zu identifizieren, bedeutet also, einen theoretischen (und nicht einen empirischen) Akt vorzunehmen, inklusive aller theoretischen Risiken und Gefahren, für die wir selber verantwortlich sind. Dieser Akt ist niemals gesellschaftlich neutral, denn er bezieht sich auf die Vorstellung, die wir uns von der Gesellschaft machen, und insofern kann er zur Rechtfertigung oder zur Infragestellung dieser Verhältnisse beitragen. Denn die *gesellschaftliche Anerkennung* der Natur eines Verhältnisses ist ein Bestandteil des Verhältnisses selbst. Natürlich ist das, was der Theoretiker »anerkennt«, nicht notwendigerweise auch das, was die Gesellschaft anerkennt: so hat der Begriff des »leitenden Angestellten« eine größere praktische Bedeutung als der Begriff »unproduktive Arbeit«. Aber jedes gesellschaftliche Verhältnis, auch die ökonomischen, umfaßt eine Dimension der sozialen Vorstellungskraft und eine alltägliche, rituelle oder politische Kodifizierung.

In jedem Fall ist mit der Identifizierung der sozialen Verhältnisse ein Moment Willkür verbunden, denn die Menschen »erfinden« unaufhörlich neue Arten und Weisen, miteinander in Beziehung zu treten und neue Gelegenheiten oder neue Wege, um in das *gleiche* Verhältnis zu treten. Die *Dehnbarkeit und Anpassungsfähigkeit* der sozialen Verhältnisse im Verlaufe ihrer historischen Dauer sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts — und dennoch neigen wir dazu, ein Verhältnis nicht mehr wiederzuerkennen, wenn es die Form wandelt, bzw. die Wirklichkeit zu verkennen, wenn wir uns an eine schematische oder überholte Vorstellung der grundlegenden Verhältnisse festklammern. Der Theoretiker kann im günstigsten Fall Typen von Verhältnissen identifizieren oder eher allgemeine Eigenschaften, die typisch sind für eine Gesamtheit sozialer Praktiken, Eigenschaften, die sich häufig und regelmäßig genug wiederholen, um identifizierbar zu sein und an die er dann mit mehr oder weniger Glück die weniger typischen anhängt. Und diese Zuordnung ist eine Sache des Stils und fast schon der Mode.

In den 60er Jahren zerbrachen sich die marxistischen Strukturalisten in Frankreich den Kopf, um eine Vielzahl typischer Konfigurationen sozialer Verhältnisse zu finden, die sie »Produktionsweisen« nannten. Die Theoretiker der Regulation widmeten ihre Aufmerksamkeit insbesondere dem Studium des *Lohnverhältnisses* (*rapport salarial*), auf die Gefahr hin, daß alle anderen Verhältnisse von ihm absorbiert werden (sei es, weil sie dachten, daß dies der Wirklichkeit entsprach, sei es, weil sie annahmen, daß dieses Verhältnis dermaßen dominant war,

daß alle anderen sozialen Formen als Abweichungen gedacht werden konnten). Wie dem auch sei, da die Gesamtheit der Produktionsweisen ein soziales Ganzes bilden, müssen wir die konkrete Verknüpfung der Produktionsweisen untersuchen, also die Beziehung zwischen Systemen von Verhältnissen, die man *sozial-ökonomische Formation* nennt.

Aber kommen wir zum Zentrum unserer Frage zurück: wie können sich die konfliktorischen sozialen Praktiken mit einer solchen Gleichmäßigkeit reproduzieren, daß sie Verhältnisse und Systeme von Verhältnissen bilden? Wir haben bereits eine erste Antwort gegeben, die nicht ganz so unbedeutend ist, wie es scheint: die Anerkennung eines Verhältnisses trägt zu seinem Fortdauern bei. Wir werden diese Bemerkung später genauer erläutern, zunächst jedoch müssen wir betonen, daß ein Verhältnis als ein solches erst erkannt werden kann, wenn es die *Fähigkeit* hat, sich zu reproduzieren. Das bedeutet, daß die in sozialen Beziehungen vereinigten Praktiken zu einem doppelten Resultat führen: sie reproduzieren die Gesamtheit der betroffenen Akteure in ihrer materiellen Existenz und versetzen sie in die Lage, die gleichen Verhältnisse zu akzeptieren, durchzusetzen oder aufgezwungen zu bekommen. Im Rahmen eines Verhältnisses erscheinen die Resultate der sozialen Praktiken den Bedingungen ihres Zustandekommens identisch. Dieses »stroboscopische« Phänomen hat die Sozialwissenschaftler in den 60-70er Jahren derart verwirrt, daß die Feststellung, die theoretischen Bedingungen der *Reproduktion* eines Verhältnisses seien vorhanden, häufig ausreichte, um die Untersuchung der Existenz dieses sozialen Verhältnisses zu beenden.

Daß ein soziales Verhältnis nur dann existiert, wenn es die Fähigkeit hat, sich zu reproduzieren und daß die Reproduktion der Praktiken, die es organisiert, selbst wesentlicher Bestandteil dieses Verhältnisses ist (und uns daher erlaubt, von einem »Verhältnis« zu reden), ist heute unbestritten. Aber es handelt sich um eine Evidenz, die zu lange Zeit den konfliktorischen, widersprüchlichen, unwahrscheinlichen und gewagten Charakter dieser Reproduktion von Praktiken verdeckt hat. Die notwendigen Bedingungen sind nicht hinreichend. Damit die betroffenen Akteure die Verhältnisse reproduzieren, reicht es nicht, daß sie es könnten, auch nicht, wenn sie daran ein Interesse hätten. Zunächst muß ihnen bewußt sein, daß dieses Verhältnis existieren kann (daß es anerkannt ist, selbst in illusorischer Form wie dem »Verkauf der Arbeit«) und daß es sogar als *normal* und natürlich erscheint. Das soziale Verhältnis nistet sich in den Individuen ein, in der Form von Gewohnheiten, von angeeigneten Fertigkeiten, ganz wie akzeptierte Spielregeln, selbst wenn ein jeder versucht, sein eigenes Spiel zu verbessern. Die Fähigkeit einer herrschenden Gruppe, die Spielregeln durchzusetzen, von denen sie profitieren, wird als *Hegemonie* bezeichnet: wir sprechen allgemeiner noch von Hegemonie, um die Fähigkeit eines Modells sozialer Verhältnisse zu bezeichnen, sich als exemplarisch in einem Gemeinwesen oder sogar in Gesellschaften, die es noch nicht organisiert (wie das »amerikanische Modell« in den 50-60er Jahren), durchzusetzen. Selbst die Produktion, die Wahl der Produkte und Produktionsmethoden, ist das Ergebnis von Normen, von *Produktions- und Konsumregeln*. Aber die Autonomie, die Kreativität oder die Unzufriedenheit der Individuen und der sozialen Gruppen (als Folge des widersprüchlichen Charakters sozialer Verhältnisse) führt sie dazu, neue Normen und neue Verhältnisse vorzuschlagen, oder auch einfach innerhalb hegemonialer Verhältnisse eine andere Art und Weise »das Spiel zu spielen« und eine Neuverteilung der Karten zu fordern. Die »Gewohnheit« und die verinnerlichten Normen schließen Divergenzen nicht aus, die sich bis hin zur Abweichung auf türmen können. Sie sichern also niemals alleine die Reproduktion. Die durch die sozialen Verhältnisse hervorgerufenen neuen Beziehungen treten notwendigerweise mit den bisherigen in Konflikt. Das bedeutet nicht, daß das soziale Verhältnis auseinanderbrechen wird: wenn wir es

identifizieren können, dann, weil es nicht zerbrochen ist und die Reproduktion weiter stattfindet — zumindest provisorisch bis hin zur *Krise*. Trotz und sogar *durch* die Auseinandersetzung der in Beziehung stehenden Akteure muß sich das Verhältnis reproduzieren. Aber wie? Das genau ist das *Problem der Regulation*.

Über die *Möglichkeit* der Reproduktion hinaus müssen soziale Prozeduren und Instanzen der Konfliktlösung ihre *Realität* sichern. Dazu tragen die in den Individuen verinnerlichten Normen bei. Aber da die Normen sich mit den jeweiligen Projekten und Konflikten ändern, bedarf es auch einer Regulierung der Transformation dieser Normen. Die sozialen Prozeduren und Instanzen, die diese gemeinsame Modifikation der Normen absichern, bilden ebenfalls *Formen der Regulation*, die zu einer *Regulationsweise* beitragen.

Die erste dieser Formen ist jene, durch die sich die Gesellschaft, so konfliktorisch sie auch sei, darauf einrichtet, wie zuvor weiterzuexistieren: es handelt sich um die politische Ebene, jene der *Souveränität*, die in der modernen Zeit die Form des *Staates* angenommen hat. Der Staat ist die Form der Regulation, damit die verschiedenen Fraktionen der Gesellschaft (die durch die sozialen Verhältnisse bestimmt sind: die sozialen Klassen, die Geschlechter, die Stände oder die Individuen) sich nicht in einem Kampf ohne Ende zerreiben. Nicht etwa, daß der Kampf ein Ende hat, aber solange die hegemoniale Konfiguration sozialer Verhältnisse andauert, gehen die sich im Kampf befindenden Individuen und Klassen nicht vollständig unter. Wie auch immer das jeweilige (private) Erscheinungsbild des »Eintritts in das soziale Verhältnis« aussieht, die Souveränität definiert die Legitimität und das Fortbestehen der Verhältnisse. Die Souveränität institutionalisiert den Markt und das Geld (als gesellschaftliches Verhältnis), und sie kodifiziert das Lohnverhältnis.

Aber daß wir uns nicht täuschen: die Staatsform ist weder Garant noch Ausdruck einer Harmonie in dem Sinne, daß die Mitglieder der Gemeinschaft dort keinen Grund mehr hätten, zu kämpfen. Sie ist Ausdruck einer Hegemonie, die sich im allgemeinen durch die Herrschaft bestimmter sozialer Gruppen darstellt. Gewalt ist also das letzte Mittel der Staatsform, doch wenn die Gewalt jedesmal zur Reproduktion der sozialen Verhältnisse notwendig wäre, dann spräche man nicht mehr vom Staat. Im allgemeinen reproduziert der Staat eine Hegemonie, die sich in ihm und die er ausdrückt. Es ist eine Hegemonie, die durch *Zwang* gepanzert ist: die Normen, die der Staat symbolisiert, sind aus freien Stücken oder mit Hilfe von *Zwang* verinnerlicht und akzeptiert, und in Fällen des Konflikts zwischen dem Alten und dem Neuen und zwischen widersprüchlichen Interessen entspricht die Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung einer Anerkennung der Schiedsrichterrolle des Staates: er hat das »Monopol der legitimen Gewalt«.

In Anlehnung an diese archetypische Form entfalten sich die anderen Formen der Regulation in *institutionellen Formen* und *Netzen*.

Die institutionellen (oder strukturellen) Formen sind die Erscheinungs- und sogar legalen Formen, in denen die betreffenden Akteure ihren Eintritt in das soziale Verhältnis (er)leben (selbst wenn sie kein entsprechendes Bewußtsein von der Natur dieses Verhältnisses haben): die Spielregel (im Gegensatz zur stummen und immanenten Realität) macht das Band, das sie vereint, deutlich. Diese Formen sind durch Übereinkunft und Gewohnheit kodifiziert, häufig sogar, bevor sie das Siegel der Souveränität erhalten. Sie sind das Resultat eines *institutionalisierten Kompromisses*: den Tausch von Waren gegen Geld zu akzeptieren, ist bereits ein Kompromiß gegenüber der latenten Gewalt bei der Vergesellschaftung privater Arbeiten; einen Lohn zu akzeptieren, das bedeutet einen Kompromiß, der über die Höhe des Lohnes nicht vorentscheidet. Um die — durch die Konfliktualität der Verhältnisse — prekäre Regu-

lation zu sichern, haben die institutionellen Formen auch eine Geschichte und sind sie ein Ergebnis der Kämpfe von Individuen und Klassen. Die Kodifizierung des Lohnverhältnisses entfaltet sich in Tarifvereinbarungen, im indirekten Lohn (»Wohlfahrtsstaat«) usw.; die des Tausches in sukzessiven Reformen des Geldes und des Kredits.

Aber diese institutionellen Formen, zumindest soweit sie Formen der *Vermittlung* in Gang setzen (Geld, indirekter Lohn), erfordern eine materielle Organisation dieser Vermittlungen: Staatsadministration, Institutionen der Geldzirkulation und -verwaltung und Organisationen des Wohlfahrtsstaates. Wir werden im folgenden diese Organisationsformen der täglichen Reproduktion 'Netze' (réseaux) nennen.

Mit dem bisher Gesagten wollten wir vor allem die Aufmerksamkeit auf drei Punkte lenken, die unserer Meinung nach bei der Analyse sozio-ökonomischer Verhältnisse erforderlich sind:

- Die theoretische Analyse der Reproduktion dieser Verhältnisse und damit ihre Anforderungen und ihre Dynamik. Man könnte sie *immanente* Gesetze oder Tendenzen nennen, die das gewohnheitsmäßige Verhalten der ins soziale Verhältnis gesetzten Akteure »übertagen«.
- Die Hervorhebung sozialer Prozesse, die die Individuen und Gruppen zwingen, sich an die Logik bestehender Verhältnisse zu halten und die damit als Gesetze oder als Kräfte mit *Zwangsgewalt* wirken.
- Die Verinnerlichung einer Deutung der sozialen Realität durch Individuen oder Gruppen, sowie ihrer *Triebkräfte* und Verhaltensnormen und schließlich der Antizipation und der Auswahl, die jeweils vereinbar sind mit der Reproduktion des Ganzen (auch wenn sie es tendenziell verändern).

Die Gesamtheit dieser Realitätsebenen bildet eine Art »*soziales Muster*« (»moule social«), welches die strukturelle Stabilität der Gesellschaft widergibt. Die mehr oder weniger unvermeidliche Akkumulation von Unterschieden und Widersprüchen zwischen den Ebenen (die selbst eine Folge des widersprüchlichen und konfliktorischen Charakters der sozialen Verhältnisse sind) kann zu Diskontinuitäten in der Reproduktion dieser Verhältnisse führen: den *Krisen*. In manchen Fällen drückt die Krise nur die Unvereinbarkeit von Antizipationen und Verhaltensweisen aus; entsprechend den institutionellen Formen der geltenden Regulationsweise müssen die mit Zwangsgewalten ausgestatteten Kräfte im Prinzip »jeden zur Vernunft bringen«, d.h. zurück zur immanenten Logik der gegenwärtigen Konfiguration sozialer Verhältnisse. Man spricht in diesem Fall von »kleinen Krisen« oder von »Krisen *innerhalb* der Regulation«. Aber es kann auch sein, daß die Krise ein Mißverhältnis ausdrückt zwischen den durch das Funktionieren der Regulationsweise selber eingeführten Verhaltensweisen einerseits und den Tendenzen oder Erfordernissen der Reproduktion sozialer Verhältnisse in der sozial-ökonomischen Formation andererseits. In diesem Fall sprechen wir von einer »*großen Krise*« oder »*Krise der Regulation*«.

In beiden Fällen ist die Krise nur die andere Seite der Regulation: die eine enthält die ursprüngliche Konflikthaftigkeit der sozialen Verhältnisse, die andere drückt sie aus. Anders gesagt: die Krise bricht dann aus, wenn die Regulation einen »katastrophischen« Punkt erreicht hat und die strukturelle Stabilität der Gesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Soll man deshalb, eben weil eine Regulationsweise vorübergehend die wenig wahrscheinliche Stabilität der Reproduktion sozialer Verhältnisse sichert, die Sache so verstehen, daß diese Regulationsweise »dafür da ist«, daß sie errichtet wurde *mit dem Ziel*, das Verhältnis am Leben zu halten, daß ihre *Funktion* die Reproduktion dieses Verhältnisses ist und daß ihre stabilisierende Wirkung die Ursache ihrer eigenen Existenz ist? Das hieße die Erfordernisse oder die theoretischen Voraussetzungen eines im Nachhinein identifizierten und theoretisierten

sozialen Verhältnisses (wenn es schon den Beweis seiner Reproduzierbarkeit gegeben hat) zu verwechseln mit den historischen Bedingungen seines Entstehens, so als ob die Geschichte die Verwirklichung dieses Verhältnisses vorbereitet und als Ziel seine Verwirklichung gehabt habe.

Selbst wenn wir die politischen Gefahren einer solchen Sichtweise beiseiteschieben, so führt sie auf theoretischer Ebene doch unweigerlich zu einer Fetischisierung des Konzeptes und zu einer Subjektivierung der Strukturen (»Die Produktionsweise erfordere oder erzwingt zu ihrer Entwicklung die Einrichtung dieser oder jener institutionellen Form und schreibe das jeweilige Verhalten der Akteure vor, ganz wie ein Regisseur seinen Schauspielern«). Neben der epistemologischen und ontologischen Fragwürdigkeit, die bei den implizit funktionalistischen oder finalistischen theoretischen Konzepten⁴ nicht immer augenscheinlich ist, muß u.E. der Determinismus und die Eindeutigkeit des Entstehungsprozesses von sozialen Formen, die unerbittlich aus ihm folgt, grundlegend zurückgewiesen werden. Denn sonst wären die *Verschiedenheit* (von einer Gesellschaft zur nächsten) und die *Veränderlichkeit* (von einer Epoche zur anderen) der Konfigurationen sozialer Verhältnisse ebenso völlig unverständlich wie der Prozeß der Verknüpfung von Produktionsweisen oder von partiellen Regulationsformen, die zur Reproduktion von dennoch grundlegend vergleichbaren Verhältnissen beitragen. Diese Formbarkeit der Verhältnisse selbst ist nur dann verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß es wir Theoretiker sind, die die sozialen Verhältnisse in der Praxis konkreter Menschen als solche erkennen und daß es nicht die Verhältnisse selbst sind, die sich (im Begriff) entfalten. Der Aufbau und die Stabilisierung dieser Verhältnisse ist das Ergebnis des Kampfes von Klassen oder Gruppen, von *sozialen Bewegungen*, die auf dem Boden vorherexistierender Verhältnisse entstanden, welche sich manchmal unterscheiden von denjenigen, zu deren Stabilisierung sie beitragen. Somit sind sie zwar durch die bestehenden Umstände determiniert, aber sie enthalten immer diese Bandbreite, diese nicht reduzierbare Vorhersehbarkeit, die notwendigerweise in der Vermittlung des *gedanklichen Projekts* zwischen den »Interessen« und den Verhaltensweisen enthalten ist.

Bedeutet dies, daß die Geschichte nur ein Kaleidoskop zufälliger Bewegungen ist, über die wir nichts sagen können und bleibt uns nur, uns an ihre Chronologie zu klammern? Natürlich nicht. Zunächst einmal ist nicht alles realisierbar: nicht jede Neuerung kann bestehen und nicht jede Konfiguration von Verhältnissen ist stabil. Wie gesagt, wenn ein soziales Verhältnis untersucht werden kann, dann weil es sich stabilisiert und also seine Widersprüche gelöst hat. Es existiert also ein Stoff zur *allgemeinen* Untersuchung einer Produktionsweise, ihrer Widersprüche und auch der logischen Erfordernisse ihrer Stabilisierung. Es existiert darüber hinaus Material zur *besonderen* Untersuchung von Lösungen, die die Geschichte diesen Widersprüchen zuführt und die immer originell und a priori unerwartet sind. Denn die konkrete Erfüllung dieser Erfordernisse ist keineswegs eine notwendige Materialisierung einer im Himmel der Ideen vorherexistierenden Struktur. Es ist eine geschichtliche *Fundsache*. Sie ist manchmal eine *Montage*, wenn die hegemoniale Gruppe explizit die Lösung eines Widerspruchs gesucht und sie zufällig gefunden hat. Doch im Allgemeinen ist sie das Ergebnis sozialer Innovationen, die jeder Gemeinschaft innewohnen, die sich als Staat-Nation organisiert hat, ja sogar eines Zusammenwirkens, das sich als Komplementarität paralleler Prozesse erweist, die sich in den verschiedenen sozial-ökonomischen Formationen abspielen. Diese Innovationen sind das Ergebnis von Konflikten und institutionalisierten Kompromissen zwischen Projekten, von denen meist kein einziges besonders viel mit dem Ergebnis zu tun hat!

2. Der Kapitalismus: Struktur, Widersprüche, Akkumulationsregime und Regulationsweisen.

Wir können die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise als eine Kombination von zwei oder drei grundlegenden Verhältnissen fassen: des Warenverhältnisses (Geldverhältnis) und des Lohnverhältnisses, welches entsprechend den Denkschulen wiederum in zwei Bestandteile zerlegt werden kann.

a) Das Warenverhältnis

Das Warenverhältnis ist für eine Gesellschaft konstitutiv, in der die Produktion für die Gesellschaft von privaten ökonomischen Einheiten durchgeführt wird, die unabhängig von einander operieren. Der Widerspruch wird durch den Tausch gelöst, der einen doppelten Aspekt enthält:

- in einer getauschten Ware wird die in ihrer Produktion enthaltene Arbeit gesellschaftlich anerkannt und
- der Eigentümer der ökonomischen Einheit, die die Ware produziert hat, erwirbt mit dem Tausch ein *Recht* auf einen äquivalenten Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit, die in einer anderen Einheit der Arbeitsteilung produziert wurde.

Genauer gesagt: dem Warenproduzenten muß es gelingen, sein Produkt gegen eine Anerkennung des gesellschaftlichen Wertes seiner Arbeit zu tauschen, welches ihm seinerseits ein Anrecht auf die Arbeit eines anderen gibt. Dieses Verhältnis Anerkennung - Anrecht ist selber eine gesellschaftliche Institution: das *Geld*. Und die Notwendigkeit, die Anerkennung des gesellschaftlichen Wertes der eigenen Produktion durch einen Tausch gegen Geld zu vollziehen — um die eigenen Anrechte auf einen äquivalenten Teil gesellschaftlicher Arbeit durchsetzen zu können — konstituiert die monetäre Schranke (la contrainte monétaire). Jede ihres Namens würdige Warenökonomie ist monetär, d.h. es gibt eine Institution, die die Rolle eines *allgemeinen Äquivalents* übernimmt, in welcher jeder Produzent seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit messen kann, die aber umgekehrt das uneingeschränkte Recht zum unmittelbaren Austausch gegen andere Waren genießt.

Durch die Tatsache, daß die Agenten (des Tausches) darum wissen, daß sie ihre Produkte gegen eine Quantität Geld eintauschen (und somit in Geld realisieren) können, entsteht der Glaube, als habe es einen »Wert«, und sogar als habe es »einen« Wert. Daß die Substanz des Wertes die gesellschaftliche Arbeit ist (und genau dies »vergesellschaftet« die Wertform) und auch daß die Waren »einen« Wert haben (der die phänomenologische Form einer Geldmenge, d.h. ihren *Preis* annimmt, gegen den sie getauscht werden können), impliziert keine mikroökonomische Verbindung zwischen ihrem »Wert« und dem Arbeitsquantum, das durchschnittlich in der Produktion eines jeden Warentypus verausgabt ist (und dessen andere Seite die Produktivität ist).⁵

Denn es kommen noch andere gesellschaftliche Beziehungen hinzu: indem ein jeder Warenproduzent seinen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit fordert, macht er nicht nur die Rechte geltend, die ihm seine eigene Beteiligung an der Produktion verleiht, sondern darüber hinaus noch andere Rechte, die aus anderen gesellschaftlichen Beziehungen resultieren (Eigentum an Boden, an Kapital, usw.). Die Gesamtheit der von dem Warenproduzenten anerkannten Normen führt ihn dazu, durch eine »Verknüpfung auf der Oberfläche« (»connexions de surface«) zwischen seinen Kosten, seinen Arbeitsverausgabungen und der subjektiven Verwertung seiner Rechte einen *Angebotspreis* zu bestimmen. Die effektive Realisie-

rung oder Nichtrealisierung seines Produkts zu diesem Preis (und also des Anrechts an dem Produkt bezüglich der restlichen gesellschaftlichen Arbeit) ist die allgemeine Form der Regulation, die der Warenproduktion entspricht und *Wertgesetz* genannt wird.

Die Verbindungen der Oberfläche, also die Mechanismen der Bildung von Angebotspreisen und allgemeiner noch der Geldeinkommen hängen ganz entscheidend von der Gesamtheit der Regulationsformen ab, die in einer Gesellschaftsformation in Kraft sind. Sie sind die Form, in der die Zwangsgesetze den Akteuren ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft aufzeigen. Welches sind nun die notwendigen Bedingungen, damit eine Institution wie das Geld funktionieren kann? Es muß, wie bereits gesagt, als *Repräsentant des Wertes* gesellschaftlich anerkannt und dementsprechend *uneingeschränkt tauschbar* sein, d.h. gegenüber den Waren muß es sich nicht verwerten, es ist es a priori. Die Bedingungen dieser »Repräsentation des Wertes« hängen selber von den Gewohnheiten der Akteure, von der Vorstellung des Wertes ab. So kann es z.B. sein, daß eine besondere Ware (das Gold) den Wert repräsentieren kann, denn es besitzt ihn. Aber auch eine Repräsentation eines 'im Entstehen begriffenen Wertes' — d.h. eines Wertes, der gerade produziert und sozial anerkannt wird, z.B. ein Handelswechsel — kann diese Rolle übernehmen, wenn die Tauschpartner eine entsprechend entwickelte Weise der Wertdarstellung erreicht haben und wenn sie anerkennen, daß die durch den Wechsel repräsentierte Produktion schließlich auch gesellschaftlich gültig sein wird und folglich einen rechtlichen Anspruch auf das spätere Einkommen eines Akteurs darstellt.

Bleibt noch die andere Bedingung: die Übereinkunft, die den unzweifelhaft tauschbaren Charakter der Arbeit anerkennt, den das Geld repräsentiert. Das Gold ist Geld, weil es mit dem Siegel des Souveräns versehen ist, der entscheidet, daß jenes Metall (und manchmal auch zwei) das Monopol der bedingungslosen Tauschbarkeit besitzt. Diese Ware wurde als gesellschaftlicher Repräsentant des Wertes »erwählt« und ist demzufolge vom Kreislauf der eigentlichen Waren (die sich jedesmal verwerten müssen) *ausgeschlossen*.

In Wirklichkeit gilt dasselbe auch für das »Kredit-Geld«, welches das Vertrauen in die gesellschaftliche Gültigkeit eines im Entstehen begriffenen Wertes repräsentiert. Der Bankier, der einem Unternehmer bei seiner Bank einen Kredit einräumt, antizipiert örtlich begrenzt die Gültigkeit der Arbeitsverbindlichkeiten des Unternehmers in seiner besonderen Produktion (er *verwertet sie im Vorhinein*). Es langt, wenn ein allgemeines Vertrauen in diese Antizipationsfähigkeiten des Bankiers (oder einer Gruppe von Banken, die unter sich die gegenseitige Anerkennung der Schulden austauschen) vorhanden ist, um eine Kohärenz der Verpflichtungen seines (oder ihrer) Schuldner herzustellen. Man hat es in diesem Fall mit einem *fraktionierten* System der Geldemission zu tun. Aber auch hier muß die gewagte Stabilisierung eines Zusammentreffens von Vertrauen rasch einer herrschaftlichen Auswahl von »vertrauenswürdigen« (Schuld-) Scheinen durch die Bank des Souveräns, der Zentralbank, Platz machen. Diese nun erklärt, nur den Wertpapieren »einen Wert zu verleihen«, die sie herausgibt und sie geht davon aus, daß jene Bestandteil der Wertbewegungen sind, deren Gültigkeit sie setzt (sie gibt ihnen eine *Pseudo-Gültigkeit*). Damit erzwingt sie die Akzeptierung dieser Wertpapiere als »wahres Geld«: sie haben einen *erzwungenen Tauschkurs*. Wir haben es nun mit einem *zentralisierten* System zu tun. In Wirklichkeit ist das monetäre System eine unglaublich variable Verbindung von Warengeld und Kredit-Geld, von fraktioniertem und zentralisiertem System: es ist ein *hierarchisiertes* System.

Die monetäre Schranke ist also mehr oder weniger eng gefaßt. Das schlichte Paar »Auswahl/Ausschluß« wird ersetzt durch eine differenzierte Stufenleiter der Gültigkeit, die den Wertmitteln (titres) zuerkannt wird: vom zentralen Geld, dessen Anerkennung allen vorgeschrie-

ben ist, über die privaten Anleihen (les prêts privés), denen die Zentralbank eine Pseudo-Gültigkeit verleiht, indem sie sie rückdiskontiert oder aufkauft, bis hin zu den gewagten Darlehen, bei dem das Wertpapier nur eine riskante Annahme auf die Rückzahlung repräsentiert, die allein zu Risiko und Lasten des Darlehnsgebers geht.

Diese Hierarchie ist eine der Anwendungsbedingungen des Wertgesetzes. Die regelmäßige Verwertung der Produktion zeigt sich durch die Rückzahlung der (kurz oder langfristigen) Schulden. Die Nicht-Verwertung von letztendlich gesellschaftlich unnützen Produktionen zeigt sich in der selektiven Wertminderung der Schuldforderungen (créances). Wenn sich die monetäre Differenzierung auf den Gegensatz eines geringen Vorrats an Metallgeld einerseits und einer Unzahl von Waren andererseits reduzieren würde, dann wäre die Zirkulation unterliquide und in gefährlicher Weise deflationär, und damit wäre die Realisierung der Waren dem Einsatz privater Reichtümer (trésors) in die Zirkulation untergeordnet. Wenn die Zentralbank jedoch im Gegenteil all und jedem Wertpapier eine Pseudo-Gültigkeit verleiht, dann nützt sich die Hierarchie des monetären Systems ab und jeder Produzent erhält den monetären Gegenwert einer selbst unverkäuflichen Produktion. Doch dann verliert das Geld schnell jede Glaubwürdigkeit als Repräsentant einer als gesellschaftlich notwendig anerkannten Arbeit. Dann haben wir eine hyper-inflationäre Krise, es sei denn, sie würde begrenzt durch erzwungenes Sparen, durch Vorratshaltung und Zwangsmittel des Staatskapitalismus.⁶

Die Möglichkeit einer institutionellen Form wie des Kredit-Geldes (vor allem mit erzwungenem Kurs) scheint also der Fähigkeit untergeordnet, in der Gesamtheit der Warenwirtschaft den Zusammenhang der im Entstehen begriffenen Wertbewegungen angemessen zu antizipieren. Umgekehrt ist diese Form für einen Typus von Warengesellschaft »funktionell« (im weiter oben beschriebenen Sinne), in der die Zirkulation das Ziel hat, die im Entstehen begriffenen Werte, die zwischen den Akteuren zirkulieren, maximal zu vergrößern: das ist der Fall des entwickelten Kapitalismus. Wir müssen nun allerdings zu dem kommen, was diesen Fall insbesondere charakterisiert: das Lohnverhältnis.

b) Das Lohnverhältnis

Es handelt sich bei diesem Verhältnis um die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Eine Trennung, bei der es darauf ankommt, zwei Dimensionen des gleichen Verhältnisses oder sogar (je nach dem theoretischen Ansatz) zwei Verhältnisse zu unterscheiden:

- Die Dimension des ökonomischen *Eigentums*, d.h. die Fähigkeit, ökonomische Einheiten dieser oder jener Produktion in der Warenökonomie zuzuteilen und über das Produkt zu verfügen.
- Die Dimension des *Besitzverhältnisses* oder der realen Aneignung, d.h. die Fähigkeit, das Produktionssystem zu organisieren und in Gang zu setzen.

Die Trennung nimmt im ersten Fall die Form eines *Arbeitsvertrags* an, der zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und dem freien Arbeiter geschlossen wird. Was uns hierbei unter dem Gesichtspunkt der Analyse grundlegender Widersprüche des Kapitalismus interessiert, ist, daß der Lohnarbeitsvertrag einen *doppelten* Tausch darstellt:

- im Austausch dafür, daß sie ihre Arbeitskraft und -fähigkeit dem Kapitalisten zur Verfügung stellen, erhalten die Lohnabhängigen einen Wert in Form von Geld. Dieses können sie frei ausgeben, aber es sichert ihnen in der Tat eine bestimmte Art und Weise des Lebens, eine *Konsumnorm*, deren Wert (auf globaler Ebene und in Geld ausgedrückt) geringer ist, als der ihrer Produktion (das Wertprodukt). Die Differenz zwischen beiden wird Mehrwert genannt;

— im Austausch gegen die Freigabe des Mehrwerts und die Unterordnung ihrer Arbeit (die *formelle Subsumtion*) unter die Kontrolle des Kapitals übernimmt das Kapital die Risiken der marktmäßigen Verwertung der Produkte ihrer Arbeit.

Anders gesagt, der Wert der Arbeitskraft ist geringer als der von ihr geschaffene Wert, aber er ist zumindest verwertet. Zum Lohn, als Gegenleistung des Verkaufs der Arbeitskraft, kommt im Laufe der Zeit der *indirekte Lohn* hinzu. Der Lohn präsentiert sich also unmittelbar als monetäre Nachfrage gegenüber der Warenproduktion der laufenden Periode. Der Mehrwert hingegen, der auf komplizierte Art und Weise durch die Konkurrenz der Kapitale verteilt ist, erlaubt es den Kapitalisten, Kapital zu *akkumulieren*, d.h. die Höhe des im-Entstehen-begriffenen-Wertes (*valeur-en-procés*) zu vergrößern, deren Eigentümer sie sind, und zwar in Form erneuter Anschaffungen von Produktionsmitteln und neuer Personaleinstellungen.

Die Verteilungsrate der Wertschöpfung bildet also wohl oder übel einen neuen Widerspruch, dessen Einheit sich durch den Kampf herstellt: zuviel Lohn und zuwenig Akkumulation oder zuviel Profite und zuwenig Nachfrage. Dies ist das grundlegende Problem der Regulation des Lohnverhältnisses.

Aber diese Beziehung ist nicht die einzige, die sich innerhalb dessen bildet, was wir Lohnverhältnis nennen. Grundlegender noch ist das Verhältnis zwischen den Menschen (und den Maschinen) innerhalb des Arbeitsprozesses (oder des Besitzverhältnisses). Im Gegensatz zur handwerklichen Produktion, bei der der Produzent die Werkzeuge selber anwendet, die er manchmal sogar selbst entworfen und für seinen Gebrauch angepaßt hat, und bei der er folglich die Herrschaft über seine Tätigkeiten bewahrt, führt der Kapitalismus zur Organisation eines *kollektiven* Arbeitsprozesses, bei dem versucht wird, die produktiven Tätigkeiten in einen intellektuellen oder konzeptionellen Bestandteil einerseits und einen manuellen oder routinemäßig ausführenden Teil andererseits zu trennen. Diese Aneignung des Erfahrungswissens ermöglicht die kapitalistische Kontrolle über den Gebrauch und die Intensität der Arbeitszeit: dies nennt man die *reelle Subsumtion*. Sie konkretisiert sich in den Mechanisierungsformen: aus einem Produzenten, der sich eines Werkzeugs bedient, wird der Arbeiter tendenziell zum Diener der Maschine.

Dieser Prozeß trägt dazu bei, wie jede Vergesellschaftung des Wissens, die Produktivität zu erhöhen. Doch kennzeichnend für den Kapitalismus ist, daß es sich hier um einen Prozeß der »Vergesellschaftung - Aneignung« handelt, bei der sich das gesellschaftliche Wissen gegenüber den unmittelbaren Produzenten als ein *fixes Kapital* materialisiert, welches ihnen fremd ist. Diese Tendenz kann ihr Gegenstück in dem Anwachsen des Verhältnisses zwischen vorgeschossenem Kapital und Wertprodukt haben, welches *organische Zusammensetzung* des Kapitals genannt wird. Ein derart zählbarer Ausdruck einer arbeitssoziologischen Tendenz unterliegt dennoch bestimmten Gegentendenzen: zum einen steigt die technische Zusammensetzung (»Volumen der Maschinen pro Kopf«) nicht notwendigerweise, und zum anderen wird dem Anstieg der organischen Zusammensetzung mittels der produktivitätsbedingten Wertsenkung der Maschinen entgegengewirkt.

Jedenfalls eröffnen sich hier neue Bereiche des Widerspruchs. Indem der Kapitalist die Kluft zwischen dem Produzenten und dessen Arbeitstätigkeit vergrößert, erhält er eine bessere *direkte Kontrolle* der Arbeitsintensität des Lohnabhängigen — aber er verzichtet gleichzeitig darauf, dessen Fähigkeiten zur Initiative zu entfalten, und dies kann kontraproduktive Auswirkungen haben. Wenn er ihm jedoch mehr verantwortliche Autonomie überläßt, dann läßt er dem Lohnabhängigen zwar erweiterte Möglichkeiten zur Anpassung und Innovation, verliert jedoch dabei die Mittel zur Kontrolle seiner Subsumtion (mit Ausnahme einiger rela-

tiver Vorteile). Die Regulierung dieses Widerspruchs konkretisiert sich in den Kämpfen am Arbeitsplatz, aber auch in den Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich der Arbeitskraft, in der Institutionalisierung einer *Qualifikationsstruktur*, unterschiedlicher Normen der *Betriebsdisziplin* etc. ..., und führt so zu einer Differenzierung des Arbeitskollektivs und zu Reserven des »Arbeitsmarktes«.

Wir werden uns hier jedoch vor allem mit den Problemen der Akkumulation auseinandersetzen, die durch die Entwicklungen von Produktivität und organischer Zusammensetzung ausgelöst werden. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln (fixem Kapital und Zwischenprodukten) durch die Kapitalisten bildet in der Tat den zweiten Bereich (neben dem der Ausgaben durch die Lohnabhängigen) gesellschaftlicher 'Inwertsetzung' der Produktion, welcher eigenständig verläuft. Außerdem gibt es noch die Staatsausgaben (finanziert durch die Steuern oder durch eine Geldschöpfung, die sich auf die Steuern bezieht) und den unproduktiven Verbrauch der Kapitalisten. Der produktive Konsum (die Investitionen) besitzt die besondere Eigenschaft, daß er die Zukunft der Produktion bindet. Von *extensiver Akkumulation* reden wir, wenn der Akkumulationsprozeß durch eine schlichte Erweiterung des Produktionsprozesses bei unveränderten Produktionstechniken geschieht, und von *intensiver Akkumulation*, wenn die Produktionsnormen (d.h. die herrschenden Techniken, die sich durch ihre überlegene Produktivität durchsetzen) im Verlaufe der Akkumulation permanent verändert werden. In der Wirklichkeit jedoch sind beide Akkumulationsweisen eng miteinander vermischt und wir sollten besser von einer »*vorwiegend* extensiven oder intensiven Akkumulation« reden. In allen Fällen ist die Akkumulation eine autonome Entscheidung des Kapitalisten, die *mehr* gesellschaftliche Arbeit bindet, in der Hoffnung, daß sie verwertet wird. Indem er dies tut, trägt er tatsächlich zur Verwertung des Produktes in der laufenden Periode bei (durch Investitionen und Personaleinstellungen), aber damit wird zugleich das Problem der späteren Verwertung auf einer erweiterten Stufenleiter gestellt. Das führt uns zu den grundlegenden Problemen kapitalistischer Produktion.

3. Wie kann die Akkumulation gelingen?

Gesellschaftlich stellt sich die Reproduktion in ihrer Gesamtheit so dar: die »im-Entstehen-begriffenen-Kapital-Werte« bewegen sich nebeneinander, indem sie sich in Waren verwandeln oder indem sie sich gegen ganz besondere Im-Entstehen-begriffene-Werte, nämlich gegen Löhne, tauschen. Wie ist es jedoch möglich, daß dieses Gewirr von autonomen Prozessen ein kohärentes, gesellschaftliches Produkt darstellt, in dem sich alle privaten Arbeitsverausgabungen (mit Hilfe von Kapitaleinsatz) verwerten können? Wie bei allen gesellschaftlichen Verhältnissen zeigt sich, daß die bereits praktisch erworbene Erfahrung einer Lösungsmöglichkeit selber eine Grundlage der Lösung ist. Entsprechend seinem erworbenen Vermögen (seinen vorherigen Einkünften) und seiner Marktkenntnis (die in den vorhergehenden Zeiten erprobt wurde), geht der Kapitalist das Wagnis ein, das Lohnverhältnis zu erneuern und konstantes Kapital hinzuzukaufen, und damit trägt er bereits zur Verwertung des Produktes seiner Kollegen und der durch die Klasse der Lohnabhängigen angebotenen Arbeitskraft bei. *Die ererbten Bedingungen der Vergangenheit und die Antizipation einer Zukunft in deren Verlängerung* sind die Voraussetzungen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Die Kontinuität der Akkumulation, die erworbenen Erfahrungen hinsichtlich einer intersektoral gleichgewichtigen Allokation sowie die Antizipationen hinsichtlich der gesellschaftlichen Orientierungen zur Veränderung von Produktions- und Konsumnormen bestimmen

als eine immanente Kraft die privaten Wagnisse der Unternehmer (und ihrer Banken) und bilden somit die Grundlagen eines gesellschaftlichen Musters (*moule sociale*), das wir in diesem Fall *Akkumulationsregime* nennen werden.

Das Akkumulationsregime ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt.

Sobald sich die Akkumulation insbesondere in ihrer intensiven Form ausweitet, muß das Wachstum der Produktion von Produktionsgütern und von Konsumgütern dem Wachstum des eingesetzten Kapitals und dem Wachstum der Kaufkraft der Lohnabhängigen entsprechen. Es ist also naheliegend, die Kohärenz eines Akkumulationsregimes in einem *Reproduktionsschema* zusammenzufassen, das von Periode zu Periode die Allokation des Kapitals (und damit auch der Arbeit) zwischen den zwei grundlegenden *Abteilungen* der Gebrauchswertproduktion beschreibt, die ausschließlich durch ihre gesellschaftliche Funktion definiert sind (Abteilung I: Produktionsgüter, die das Monopol kapitalistischen Eigentums reproduzieren; Abteilung II: Konsumgüter, die die Existenz freier Arbeiter reproduzieren). In gewisser Weise ist das Reproduktionsschema ein Skelett des Akkumulationsregimes, das dessen formelle Kohärenz darstellt.

Nun existieren verschiedene Typen von Akkumulationsregimes: die extensive Akkumulation (homothetisches, einfaches Wachstum der beiden Abteilungen, die sich gegeneinander verwerten), die intensive Akkumulation ohne Massenproduktion (bei der allein das Anwachsen des konstanten Kapitals das Wachstum der Abteilung I verwertet), die intensive Akkumulation bei wachsendem Massenkonsum, usw. ... Selbstverständlich erfordert die Analyse eines konkreten Akkumulationsregimes über diese grundlegenden Unterscheidungen hinaus genauere Bestimmungen.

Jedes konkrete Akkumulationsregime findet in einem »äußeren Raum« im doppelten Sinne des Wortes statt. Zunächst einmal ist nicht die ganze Produktion in einem nationalen Gemeinwesen durch kapitalistische Verhältnisse gesteuert. Dies gilt bereits für die Reproduktion der Arbeitskraft. Das patriarchalische soziale Verhältnis oder die häusliche Produktionsweise oder auch die sexuellen Verhältnisse sichern sich ihre Reproduktion, indem der Mann die »Reproduktionsmittel« nutzt, die er mit seinem Lohn kaufen kann. Die »Produzentin« in diesem sozialen Verhältnis, die Freundin, Mutter oder Tochter schafft keinen »Wert«, denn ihre Arbeit ist keine Ware. Sie ist kostenlos für den Kapitalismus. Doch das heißt nicht, daß die häusliche Ausbeutung, weil sie die »Funktion« hat, die Kosten der Arbeitskraft zu senken, auch dafür geschaffen wurde — auch hier handelt es sich um einen »glücklichen Fund«! Umgekehrt kann die kapitalistische Warenproduktion einen wachsenden Anteil der häuslichen Produktion und Aufgaben übernehmen: das Eindringen in diesen Bereich ist ein mögliches Ausdehnungsfeld von Lohnarbeit und kapitalistischer Akkumulation und damit eine potentielle Dimension des Akkumulationsregimes. Das gleiche gilt für alle Produktionsweisen, die sich im Kapitalismus in einer konkreten sozial-ökonomischen Formation ausdrücken (die einfache kleine Warenproduktion, abgeschwächte Formen feudaler Verhältnisse wie Pacht und Halbpacht, usw.). Eine zweite Dimension des »Äußeren« taucht auf, wenn wir die ökonomischen Beziehungen zwischen Gemeinwesen betrachten, die kapitalistisch organisiert sind. Historisch gesehen haben die ersten Praktiken, die als »kapitalistisches Verhältnis« identifizierbar waren, bei

weitem die Grenzen von Stammes- oder Feudalstaaten überschritten. Doch der moderne National-Staat, begriffen als Gemeinwesen von Individuen, die durch einen Sozialvertrag miteinander verbunden sind, hat sich erst mit der Verallgemeinerung des Warenverkehrs entwickelt. In diesem Rahmen hat sich das Lohnverhältnis kodifiziert und institutionalisiert, und zwar im Schatten einer Staats-Souveränität, die durch die Geschichte von äußeren und inneren Kämpfen gefestigt wurde. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden auf der Ebene des National-Staates geregelt und dort hat sich langsam aber sicher die Kohärenz wirklicher Akkumulationsregimes herausgebildet, wobei sich die Vereinheitlichung des einen und die Verfestigung der anderen gegenseitig bedingen.

Die »Herausbildung des Binnenmarktes« durch die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse hat zu keiner Zeit zu einem Verschwinden internationaler Austauschbeziehungen geführt, ihre Bedeutung hat sich, je nach der Entwicklung der Akkumulationsregimes verringert oder erweitert. Daher erscheint es sinnvoll, zur Analyse eines nationalen Akkumulationsregimes einen »Exportsektor« zu unterscheiden (Bertrand, 1978), in dem die Einkommen dazu dienen, den Kauf von Gebrauchsgütern der Abteilung I oder der Abteilung II zu finanzieren. Unter bestimmten Gesichtspunkten können wir dann von »weltweiten Akkumulationsregimes« reden. Dies also sind die Grundlagen unseres »sozialen Musters«. Die Akkumulationsregimes jedoch konkretisieren sich weder aus sich selbst heraus noch aus der Kraft platonischer Ideen vom Himmel der Reproduktionsschemata. Reproduktionsschemata kann man immer neu erfinden. Das Problem besteht darin, zu wissen, welche Zwangskräfte und welche institutionellen Formen die Kohärenz der Strategien und Antizipationen der Akteure in der kapitalistischen Warenwirtschaft, die in der Realisierung der Reproduktionsschemata konvergieren, sichern. Damit sind wir bei den Problemen der Regulation angelangt. Wir nennen im folgenden *Regulationsweise* die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuellen Eigenschaften hinaus.

In der kapitalistischen Produktionsweise betreffen die Regulationsformen zumindest folgende Bereiche:

- die Regulation des Lohnverhältnisses (Festlegung von Zeitnormen, der Arbeitsintensität, des Wertes der Arbeitskraft, der Konsumnorm der Lohnabhängigen, die Reproduktion der Qualifikationshierarchie, die Segmentierung des Arbeitsmarktes, usw.);
- die Regulation der Reallokation von Geld-Kapital, das durch die Verwertung der Waren in dieser oder jener Branche und entsprechend den verschiedenen Intensitätsniveaus der organischen Zusammensetzung des Kapitals freigesetzt wurde;
- die Reproduktion und Steuerung des Geldes, seine Emission, seine Zirkulation, seine Formen produktiver Verwendung, usw.;
- die Formen juristischer bis hin zu ökonomischer Staatsintervention.

Die extreme Verschiedenartigkeit dieser Formen eröffnen ein riesiges Untersuchungsfeld für die »Schule der Regulation«. Es hat sich jedoch von großem heuristischen Vorteil erwiesen, zwei Regulationsweisen zu polarisieren, die durch gegensätzliche institutionelle Formen gekennzeichnet sind, je nach dem, ob die ungewisse gesellschaftliche Verwertung der angebotenen Waren und Arbeitskräfte einfach *ex-post* festgestellt wurde oder ob die hohe Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung *ex-ante* in das Verhalten der Akteure integriert war. Im ersten Falle überschreiten die Im-Entstehen-begriffenen-Werte einer nach dem anderen die »Gefahrenschwelle« der Metamorphose in Geld oder werden eliminiert. Im zweiten Falle integrieren